

Deutschlands Verantwortung in der Welt

Außenpolitik auf Basis von
Werten und Regeln



Akzente setzen bei den Vereinten Nationen

Die Zahl der Konflikte und Krisenherde weltweit nimmt zu, die Formen der Bedrohung ändern sich. Von Deutschland wird daher immer mehr außen- und sicherheitspolitische Verantwortung im Rahmen der Vereinten Nationen, der NATO und der Europäischen Union erwartet. Unser Land setzt sich für den Erhalt der internationalen Ordnung ein, die auf Werten und Regeln basiert. Im April 2019 hatte Deutschland für einen Monat den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat inne und setzte dort Akzente – für eine Stärkung des humanitären Völkerrechts, für die Teilhabe von Frauen und für das Prinzip multilateraler Lösungsansätze.



Bundeswehr – eine Armee im Einsatz

Die Bundeswehr ist eine Armee im weltweiten Einsatz. Wichtige Mandate sind z.B. jene zur Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte, zur Stabilisierung Malis und zum Kampf gegen das Terrornetzwerk Islamischer Staat. Inzwischen nehmen aber auch Landes- und Bündnisverteidigung wieder einen höheren Stellenwert ein. Dafür braucht die Bundeswehr eine dauerhafte und ausreichende Finanzierung, mehr Personal, mehr und moderneres Material. Seit 2014 steigt der Verteidigungshaushalt endlich wieder.

In Auslandseinsätzen mit Bündnispartnern und befreundeten Nationen befinden sich derzeit über 3.000 Bundeswehrsoldaten. Weitere rund 14.000 sind in einsatzgleichen Verpflichtungen und Dauereinsatzgebieten gebunden.



Transatlantisch bleiben, europäischer werden

Die Westbindung gehört zu den Grundpfeilern deutscher Außenpolitik. Sie umfasst die deutsch-französische Freundschaft, die Verankerung in der Europäischen Union und die transatlantische Partnerschaft. Erstmals seit mehr als 50 Jahren wird eine Deutsche an die Spitze der EU-Kommission rücken. Und erstmals wird diese zentrale Brüsseler Institution mit Ursula von der Leyen von einer Frau geführt werden.

Nicht erst seit dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump definieren die USA ihre internationale Ordnungsrolle neu. Eigene Interessen stehen im Mittelpunkt. Deshalb muss die EU aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion geschlossener auftreten und handlungsfähiger werden. Insgesamt lässt sich das auf den Nenner bringen: transatlantisch bleiben, aber europäischer werden.

Rückgrat deutscher Sicherheit ist die transatlantische Sicherheitspartnerschaft mit der NATO. Die Unionsfraktion setzt sich dafür ein, dass Deutschland seinen Bündnisverpflichtungen uneingeschränkt nachkommt. Dazu gehört auch die der NATO zugesagte schrittweise Steigerung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts.



Chancen schaffen

Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik ergänzen einander. Dieser vernetzte Ansatz findet seinen Ausdruck darin, dass der Koalitionsvertrag Etatsteigerungen in beiden Ressorts aneinander koppelt. Mit den Ausgaben für wirtschaftliche Entwicklung und für humanitäre Hilfe lassen sich Armut und Hunger eindämmen, lassen sich Perspektiven für die Menschen vor Ort schaffen. So kann Konflikten der Nährboden entzogen, so können Fluchtursachen bekämpft werden.



Ein Bundeswehrsoldat im Gespräch mit einem Mann aus Gao, Mali. Deutschland beteiligt sich an der UN-Mission MINUSMA.



Die zentralen Schaltstellen deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik sind mit Frauen besetzt. Hier wartet die neue Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer im Beisein von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf ihre Ernennungsurkunde. Ihre Vorgängerin Ursula von der Leyen tritt im November ihr neues Amt als EU-Kommissionspräsidentin an.

Werte und Regeln hochhalten

Auf die Achtung von Werten und Regeln dringt Deutschland auch gegenüber Russland und China. Die russische Intervention in der Ostukraine und die völkerrechtswidrige Annexion der Krim sind aus Sicht der Unionsfraktion nicht hinnehmbar. Mit Blick auf Chinas Streben, weltweit politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten zu schaffen, ist der Westen gefordert, seine Interessen zu sichern.



Die Unionsfraktion setzt sich besonders für die Wahrung der Menschenrechte auf internationaler Ebene ein. Als zentrales Menschenrecht erachtet sie die Religionsfreiheit.

Wir kümmern uns um Außen- und Sicherheitspolitik, sprechen Sie uns an!



Johann David Wadephul
Stellvertretender
Vorsitzender der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag



Jürgen Hardt
Außenpolitischer
Sprecher der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag



Henning Otte
Verteidigungspolitischer
Sprecher der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag

Kontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T 030. 2 27-5 55 50
fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de

Impressum

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer
Stefan Müller
Parlamentarische Geschäftsführer

Bundestagsdrucksache

19/2982 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zu Deutschlands
Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
19/8940 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zu 70 Jahre NATO

Gestaltung

adlerschmidt kommunikationsdesign gmbh, Berlin

Layout

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

Druck

Druckerei Paffenholz GmbH, Bornheim

Bildnachweis

Chaperon, Katja-Julia Fischer, Blume, Thomas Koehler/photothek.net, picture alliance /
Sven Simon, Thomas Imo/photothek.net, picture alliance / NurPhoto

Stand

August 2019

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.